

II.-9468 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4647/J

1993 -04- 21

DRINGLICHE ANFRAGE

der Abgeordneten Anschober, Freundinnen und Freunde

an den Bundeskanzler

betreffend bislang nicht realisierter Handlungsmöglichkeiten Österreichs zur Schaffung eines kernenergiefreien Mitteleuropa

Vor nunmehr sieben Jahren kam es in Tschernobyl zur bisher folgenschwersten Katastrophe in einem Kernkraftwerk. 600.000 Menschen mußten bzw. müssen noch evakuiert werden. In einem Umkreis von 600 Kilometern sind einzelne Regionen nach wie vor stark radioaktiv verseucht. Die gesundheitliche Schädigung tausender Menschen ist absehbar. Noch in Österreich entstanden durch den Supergau Folgekosten alleine aus dem Katastrophenfonds in Höhe von 446 Millionen Schilling. Eine Atomkatastrophe direkt an Österreichs Grenzen könnte sich praktisch jederzeit ereignen. Für Dukovany, 35 Kilometer von Österreich entfernt, beziffert Wissenschaftler die Wahrscheinlichkeit eines schweren Störfalles mit bis zu 20 Prozent in einem Zeitraum von 15 Jahren. Die Folge wären rund 12.000 Krebstote in Österreich. Neben den weitgehend bekannten Gefahren über die Reaktoren in osteuropäischen Ländern mehren sich in jüngster Zeit ebenso besorgniserregende Berichte über Rißbildungen in sogenannten sicheren westlichen Atomkraftwerken. Der Austritt radioaktiven Materials in Tomsk zeigt zudem, daß eine Reihe anderer Atomanlagen enorme Risikoquellen darstellen.

Die westliche Atomindustrie, dem finanziellen Kollaps nahe, sieht ihre einzige Überlebenschance in der Expansion nach Osteuropa. Technisch und ökonomisch unsinnige "Nachrüstungen", die Fertigstellung und Neuerrichtung von Kernanlagen um jeden Preis werden angestrebt. Gestützte Kredite des EG-Euratom-Fonds in Höhe von 15 Milliarden Schilling, 840 Millionen Schilling Subvention der G7 in Verwaltung der EBRD, Beteiligungen westlicher Energieversorgungsunternehmen an Ostreaktoren und Atomlagern, sowie Kredite bei gleichzeitigem Export von Strom und Energieträgern sind imstande, langfristige Abhängigkeiten zu schaffen, und den Atomweg einzubetonieren.

Der Erfolg oder Mißerfolg dieser ersten Atom-Kolonialisierungswelle wird sich in den nächsten Monaten entscheiden. Für weiteres bedarf es neben dem wachsenden Widerstand in Osteuropa aber zusätzlich der raschen Realisierung von unterstützenden Angeboten für den Fall des Atomausstieges. Denn eine Reihe von Untersuchungen beweisen, daß der Ausstieg mittelfristig machbar ist, soferne unter Ausnutzung der struktureinbruchbedingten Verbrauchsrückgänge jetzt in Effizienzsteigerung und moderne Energiegewinnungsformen investiert wird.

Österreich hätte auf Basis der offiziellen Zielsetzung der Bundesregierung, ein kernkraftfreies Mitteleuropa zu schaffen, sämtliche Möglichkeiten, eine entscheidende Vorreiterrolle zu übernehmen. Mit dem Einsatz von Begräßen, wie sie in Zusammenhang mit dem Bohunice-Angebot vor 2 Jahren von einzelnen Ministern vorgeschlagen wurden, könnten zumindest

teilweise Ausstiegskonzepte mit internationaler Beispielwirkung realisiert werden. Doch seit der -teils mitverursachten- Ablehnung durch die damalige CSFR im Jahr 1991, wurde trotz der völlig geänderten Situation kein neuer Anlauf unternommen, konkrete finanzielle Hilfen für den Fall des Ausstiegs anzubieten.

Mit der sofortigen Gründung eines Atomausstiegsfonds als Lebensversicherung der österreichischen Bevölkerung in Höhe von 500 Millionen Schilling jährlich wäre ein erster Schritt gesetzt. Die Verdoppelung des Ost-Öko-Fonds, der Rückzug und alternative Einsatz der EBRD-Einlagen, als auch die Initiierung einer Koalition der atomfreien Staaten müßten ebenso folgen, wie der Rückzug des Ansuchens um Beitritt zur Europäischen Atomgemeinschaft. Natürlich bedürfte es auch einer offensiven Nutzung sämtlicher bilateraler und internationaler rechtlichen Möglichkeiten zur Wahrung der vitalen Interessen der Menschen in Österreich und zur Verhinderung der atomaren Bedrohung.

Gerade in dieser entscheidenden Phase hat sich jedoch die österreichische Anti-Atom-Politik gegenüber Osteuropa ausschließlich auf kosmetische Maßnahmen reduziert, darüber hinaus wird nach wie vor die Atomförderung der IAEA mitfinanziert und die westeuropäische Atompolitik kritiklos anerkannt. Gebot der Stunde hingegen wäre, zusätzlich zum ersten Grundkonsens der österreichischen Anti-Atompolitik (Grenz-AKW stellen ein enormes Gefährdungspotential dar) einen nationalen Konsens über entschlossene Maßnahmen zur raschen Schließung zu fixieren.

Mit der vorliegenden Dringlichen Anfrage soll ein Forum für eine konstruktive Diskussion über die Umsetzung dieser Maßnahmen geschaffen werden, und dem Bundeskanzler die Gelegenheit gegeben werden, klare Aussagen über die 5 größten Möglichkeiten zur Erreichung dieses Ziels (Atomausstiegsfonds; EBRD; EURATOM; Genehmigungsverfahren; Völkerrecht) zu treffen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten folgende

ANFRAGE:

1. Die österreichischen Aufwendungen in Folge des Supergaus in Tschernobyl betrugen alleine aus dem Katastrophenfonds 446 Millionen Schilling. Sind Sie bereit, umgehend jährlich mit Geldern in dieser Höhe einen Atomausstiegsfonds zu gründen, der quasi als präventive Lebensversicherung der österreichischen Bevölkerung, zweckgebunden für Ausstiegsprojekte, Ländern wie Tschechien oder Slowakei angeboten werden soll?
2. Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) wird trotz österreichischer Gegenstimme im Direktorgremium die G7-Subvention für Ostreaktoren in Höhe von vorerst 840 Millionen Schilling verwalten und vergeben. Ein Kredit in Höhe von 7,7 Milliarden Schilling, von dem die Fertigstellung des slowakischen Kernkraftwerkes Mochovce abhängt, hat durch die geplante Beteiligung der Bayernwerke am Kernkraftwerk gute Chancen auf Genehmigung. Nicht zuletzt sind auch jüngste Berichte alarmierend, wonach in doppelter Höhe der Kredite Gelder für die Verwaltung der EBRD aufgewendet wurden. Die österreichische Einlage in die EBRD

beträgt 3 Milliarden Schilling. Ist die Bundesregierung bereit, diese Einlage zurückzuziehen, und anstatt der jährlichen Einzahlung von 200 Millionen diesen Betrag zweckgebunden in Atomausstiegsprojekte investieren?

3. Mit dem vielzitierten Brief nach Brüssel suchte Österreich auch um Beitritt zur Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) an. Vertragsgemäßes Ziel ist die Entwicklung und Förderung von Kernindustrien. Ein Hinweis auf die Aktualität des Vertrages ist der bevorstehende Beschuß, vorerst rund 15 Milliarden Schilling aus dem EURATOM-Fonds für Ostreaktoren bereitzustellen. Dies steht dem -offiziellen- Bestreben Österreichs, aktiv ein kernkraftfreies Mitteleuropa zu schaffen diametral entgegen. Wird die österreichische Bundesregierung deshalb das EURATOM-Beitrittsansuchen zurückziehen, eine internationale Koalition der atomfreien Staaten initiieren, oder im Beitrittsfall den Atomausbau dulden und mitfinanzieren?
4. Die Sanierung der WWER- und RBMK-Ostreaktoren wird weitestgehend als technisch nicht machbar, bzw. als ökonomisch völlig unsinnig angesehen. So schätzt sogar die IAEA den Finanzbedarf auf rund 7,5 Milliarden Schilling pro Block, wohingegen die Neuerrichtung eines modernen Gas-Dampf-Kraftwerkes mit doppelter Leistung nur 6,5 bis 8 Milliarden kosten würde. Unter "Sanierung" kann also ausschließlich die Sanierung der westlichen Atomindustrie verstanden werden. Ist es nach wie vor die, auch international vertretene, Position der Bundesregierung, daß eine "AKW-Sanierung" unsinnig ist, oder wird es in Zukunft eine finanzielle Beteiligung an derartigen Vorhaben geben, wie dies aus einer apa-MID-Aussendung vom 2. März 1993 hervorgeht?
5. In Dukovany, 35 Kilometer vor der österreichischen Grenze läuft derzeit das Genehmigungsverfahren für ein Atomlager, das aufgrund seiner Lage direkt neben dem Kernkraftwerk eine enorme Risikoanhäufung, und laut Expertenaussagen "keine kerntechnische Barriere" darstellt. Durch eine Verfahrensbeteiligung, die günstigstenfalls zur Nichterrichtung des Atomlagers führt, bestünde die Möglichkeit, dem Atomprogramm Tschechiens, sowie dem Schrotreaktor selbst das Wasser abzugraben. Ist die Bundesregierung bereit, die -von Umweltminister Benda zugesicherte, tatsächlich aber boykottierte- Verfahrensbeteiligung umgehend offensiv auf politischer Ebene einzufordern, um erstmals offiziellen Beteiligungsstatus zu erhalten?
6. Die Baugenehmigung für das Kernkraftwerk Temelin ist veraltet. Durch den Einbau westlicher Technik entsteht eine weltweit ungeprüfte 1:1 Versuchsanlage an Österreichs Grenze. Speziell Steuerungssysteme der Firma Westinghouse waren bereits in einigen Fällen Auslöser von gefährlichen Störfällen. Im Falle der Durchsetzung eines neuen Genehmigungsverfahrens besteht laut aktueller tschechischer Rechtslage, wie seinerzeit im Fall Wackersdorf, die Möglichkeit einer Beteiligung der österreichischen Öffentlichkeit. Eine Möglichkeit, dieses Ziel zu erreichen, wäre die Realisierung der wissenschaftlichen Prüfung des fraglichen Sicherheitsstandards auf Basis der Zusicherung von Präsident Havel. Wann werden Sie auf dieses Angebot eingehen, eine internationale Expertenkommission formieren, und welche weiteren Maßnahmen setzen Sie, um zur Wahrung der vitalen Interessen der österreichischen Bevölkerung ein Neugenehmigungsverfahren zu erreichen?
7. Eine weitere Handlungsebene stellen die Expertengespräche im Zusammenhang mit der Umrüstung Temelins in ein Gas-Dampf-Kraftwerk dar. Allerdings traf die Regierung Tschechiens bereits vor der 2. Gesprächsrunde die Entscheidung, Temelin fertigzustellen. In welcher Weise wurde versucht, z.B. durch die Finanzierung einer Nachdenkpause, die

Gespräche politisch abzusichern, ihnen Priorität vor der Entscheidung über die Fertigstellung einzuräumen?

8. In welcher Höhe wurden der Regierung Tschechiens begleitende finanzielle Angebote für den Fall der Umrüstung Temelins bzw. des Atomausstiegs unterbreitet, oder sehen Sie die Erstellung von Studien als ausreichend im Sinne Ihrer Zielsetzung, ein kernenergiefreies Mitteleuropa zu schaffen?
9. Haben Sie zusätzlich zum Beispiel der Republik Tschechien oder Bulgarien angeboten, für den Fall des Atomausstiegs die Durchsetzung einer internationalen Finanzierung von Alternativprojekten zu unterstützen, oder sehen Sie es als sinnvoll an, einen ökologischen Marshallplan anzukündigen und gleich vorwegzunehmen, "daß der Atomausstieg derzeit für kein Land möglich sei" (BM Rauch-Kallat, apa 29. 3.)?
10. Von der Vergabe des 250 Millionen US\$-Kredites der amerikanischen Staatsbank EXIM hängt die Realisierung der nächsten Bauetappe durch die amerikanische Firma Westinghouse in Temelin ab. Neben dem steigenden Widerstand gegen die noch ausstehende Entscheidung der EXIM-Bank durch Anti-Atom-Initiativen wäre auch die Einflußnahme auf Regierungsebene möglich. Werden Sie versuchen, Temelin über den Weg der Kontaktaufnahme mit der amerikanischen Regierung und der EXIM-Bank zu stoppen?
11. Die ständige Weiterentwicklung der internationalen Rechtsauffassung, speziell im Zusammenhang mit Atomanlagen in Grenznähe, läßt Vorgangsweisen Österreichs auf Ebene des Völkerrechts gegen grenznahe Kernkraftwerke als realistisch erscheinen. Werden Sie umgehend aktuelle Rechtsgutachten erstellen lassen, und entsprechend der sich daraus ergebenden Möglichkeiten alle Rechtsmittel nutzen?
12. Mittel des sog. "Ost-Öko-Fonds" wurden den förderungswürdigen Staaten bislang nicht als Instrument zur Projektierung von gezielten Atomausstiegs-Projekten angeboten. Ist die Bundesregierung bereit, das Volumen des "Ost-Öko-Fonds" zweckgebunden für konkrete Atomausstiegsprojekte, auch unter dem Aspekt sinnvoller Wirtschaftsimpulse, zu verdoppeln, und den jeweiligen Staaten für den Fall des Ausstiegs anzubieten?
13. Der Haftungsrahmen des Ost-West-Fonds wurde von 5 auf 10 Milliarden Schilling erweitert. Inwieweit wurde dabei die Möglichkeit berücksichtigt, daß Haftungen speziell für Projekte übernommen werden, die dem Ausstieg aus der Atomenergie dienen?
14. Inwieweit hat bei den Verhandlungen zwischen den EFTA-Staaten und der ehemaligen CSFR Österreich seine Interessen hinsichtlich des Ausstiegs aus der Atomenergie eingebracht?
15. Aktuelle Berichte und Studien über Risse und Rißbildungen im sicherheitsrelevanten Bereich westeuropäischer Kernkraftwerke zerstören einerseits den Mythos vom westlichen Sicherheitsstandard, andererseits ist eine direkte atomare Bedrohung Österreichs durch Reaktoren in Deutschland und der Schweiz nicht mehr von der Hand zu weisen. Welche Aktivitäten werden Sie gegenüber der Schweiz und Deutschland setzen, um eine notwendige, rasche Abschaltung dieser Kernkraftwerke zu erreichen?
16. An der Haltung des BMfaA gegenüber der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) scheiterte bisher der Versuch, daß Österreich dort einen Antrag auf Statutenänderung einbringt, der eine Streichung der Atomförderrolle zum Ziel haben

sollte. Welche Aktivitäten werden Sie setzen, um einen derartigen Antrag zu ermöglichen, oder sehen Sie diese mögliche Vorgangsweise Österreichs als nicht sinnvoll an?

17. Im Rahmen der derzeit laufenden EG-Acquis-Prüfungen ist der Atombereich nach mehreren einschlägigen Gesprächen bereits abgeschlossen. Positionen der Beitrittswerber, die hier nicht signalisiert werden, fließen in die Detailverhandlungen nicht ein. Was war konkret Ergebnis und österreichische Position im Rahmen der Acquis-Prüfung im Atombereich zur Frage der finanziellen Beteiligung an Atomförderung und Atomforschung?
18. Was war Ergebnis und österreichische Position im Rahmen der Acquis-Prüfung im Atombereich zur Frage des Imports von Lebensmitteln mit höheren radioaktiven Grenzwerten sowie zur Frage der Lagerung oder Konditionierung radioaktiver Abfälle in Österreich?
19. Die österreichische Kernfusions-Lobby erhofft sich durch den EG-Beitritt eine Aufstockung des Forschungsbudgets in diesem Bereich. Die Rede ist von einer vorzeitigen Beteiligung am EG-Rahmenprogramm, von Geldern in Höhe von 15 bis 170 Millionen Schilling, von der kostenintensiven Schaffung von Zentren, in denen u.a. in "für die Errichtung von Fusionsreaktoren relevanten Bereichen" geforscht werden soll. Über diese Pläne soll ohne Technikfolgenabschätzung entschieden werden, obwohl die Kernfusion aufgrund des uneinschätzbaren Sicherheitsrisikos und ihrer ökonomischen und energietechnischen Fragwürdigkeit höchst umstritten ist. Ist Ihnen bekannt, in welcher Weise das BMFWF über die Zukunft der Kernfusion in Österreich entscheidet, bzw. wie ist Ihre Position zu einer gesteigerten Mittelvergabe ohne Technikfolgenabschätzung?
20. Erachten Sie die Errichtung eines universitären, interdisziplinären Atom-"Sicherheits" und -Ausstieg-Forschungsinstitutes als sinnvoll, bzw. würden Sie eine positive Behandlung allfälliger Anträge zur Gründung derartiger Institute begrüßen?
21. Ist es richtig, daß eine Voruntersuchung über die Umrüstung oder Schließung des KKW Bohunice seit Monaten existiert, wenn ja mit welchen Detailergebnissen?
22. Von Exponenten Ihrer Partei wurde in "profil" 10/93 im Zusammenhang mit einer Voruntersuchung über Umrüstungsmöglichkeiten in Bohunice bereits von konkreten Detailverhandlungen gesprochen. Die Verbundgesellschaft, Miterstellerin der Voruntersuchung, weiß davon nichts, und ist darüberhinaus nicht bereit, die Unterlagen zur Verfügung zu stellen, da Auftraggeber das Wirtschaftsministerium sei. Von slowakischen Experten wiederum ist zu erfahren, daß die Erstellung der weiterführenden Detailstudien nicht fixiert ist. Insgesamt entsteht (eventuell auch auf slowakischer Seite) der Eindruck einer unkoordinierten Vorgangsweise, der mit Sicherheit eine raschstmögliche Schließung Bohunicces nicht fördert. Wer koordiniert die bisherige und weitere Vorgangsweise innerhalb der Bundesregierung, und wie sieht diese konkret aus?
23. Seit dem Scheitern des Bohunice-Ersatzstromangebotes hat sich die politische und energiewirtschaftliche Situation der Slowakei vollkommen geändert. Unter den aktuellen Voraussetzungen erschiene ein neuerlicher Vorstoß zur Schließung von Bohunice unbedingt erforderlich und sinnvoll. Welche konkreten Unterstützungen haben Sie der Regierung der Slowakei -eigens oder aufbauend auf oben erwähnter Voruntersuchung- für einen Atomausstieg angeboten?

24. Im Jahre 1991 sprachen einzelne Minister, unter anderem BM Schüssel, von Hilfsmaßnahmen zur Schließung Bohunices in Höhe von 3 bis über 10 Milliarden Schilling, von 80 Energiewendeprojekten, etc. Ist Ihnen bekannt in welcher Weise BM Schüssel im Lichte der geänderten Voraussetzungen in der Slowakei an der Realisierung dieser Vorschläge arbeitet?
25. Es gibt Bemühungen lokaler Initiativen und Wissenschaftler in der Slowakei, das Kernkraftwerk Mochovce in ein Gaskraftwerk umzubauen. Werden Sie die Slowakei ersuchen, eine bilaterale Expertenkommission zur Untersuchung der Möglichkeiten einzusetzen, und entsprechende finanzielle Unterstützung für den Fall der Umrüstung anbieten?
26. Mit der slowenischen Regierung wurde die Beteiligung an der Erstellung eines Programmes zur Umstrukturierung der Energiewirtschaft vereinbart. In welcher Weise wurde diese Vereinbarung realisiert, bzw. welche über diese Programmerstellung hinausgehenden Unterstützungsangebote für den Fall der Schließung des Kernkraftwerkes Krsko gibt es?
27. Zum Stromliefervertrag über 10.800 GWh mit der Ukraine äußerten Sie sich u.a. in einem Standard-Interview negativ. Nun wurde der Vertrag durch Verbund-Chef Walter Fremuth neu paraphiert. Ukrainische Umweltorganisationen sprechen sich gegen die Stromlieferungen aus, da der Vertrag unter korrupten Bedingungen zustande gekommen sei, und der Export aufgrund der energiepolitischen Situation der Ukraine moralisch nicht vertretbar sei. Auch geht laut Greenpeace aus dem Vertrag nicht hervor, daß die Devisen für die Sanierung eines konkreten Braunkohlekraftwerkes verwendet werden müssten. Ungeklärt ist auch, inwieweit ausgeschlossen werden kann, daß der Strom nicht z.B. aus dem Kernkraftwerk Tschewrnobyl kommt. Jedenfalls berichten ukrainische Atomgegner, daß Sie von Betreiberseite häufig mit dem Argument konfrontiert werden, sogar Österreich sei aufgrund des Stromliefervertrages mit dem Weiterbetrieb einverstanden. Welche Aktivitäten werden sie setzen, um eine umgehende Stornierung des Vertrages zu erreichen?
28. Laut Öko-Test-Magazin 4/93 hat ein internationales EVU-Konsortium 1992 im Wert von 50 Millionen DM aus Bohunice bzw. aus dem Netz der ehem. CSFR Strom bezogen. Dies soll Teil der Bezahlung der Lieferung von technischem Inventar für das in Bau befindliche KKW Mochovce sein. Nachdem die Gleichstromkurzkopplung Etzenricht für Lieferungen nach Deutschland damals noch nicht zur Verfügung stand, bliebe einzig der Weg über österreichische Leitungen. Ist Ihnen bekannt, ob diese Information richtig ist, bzw. zu welcher Zeit wieviele GWh über das österreichische Netz transportiert wurden?
29. Sollte die Information zutreffen, halten Sie es für vertretbar, das bestehende 380-KV-Netz für Stromtransite zur Verfügung zu stellen, die offensichtlich direkt die Finanzierung der Errichtung eines Kernkraftwerkes ermöglichen?

In formeller Hinsicht wird gemäß § 93 Abs. 3 GOG die dringliche Behandlung dieser Anfrage nach Erledigung der Tagesordnung verlangt.